



# G20-Gipfel in Hamburg WWF Deutschland zu Themen und Erwartungen

## Klimaschutz

Seit dem Erfolg der Klimakonferenz in Paris Ende 2015 ist viel passiert. Die Umsetzung des neuen Klimavertrags schreitet voran, trotz des geplanten Rückzugs der USA. Die G20-Staaten tragen eine besondere Verantwortung dafür, nun die nötigen politischen Rahmenbedingungen zu setzen, um die Ziele von Paris einzuhalten. Denn rund 80 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen gehen allein auf sie zurück.

Alle G20-Begleitgruppen, inklusive Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, haben daher kurz vor dem Gipfel von den Staats- und Regierungschefs in einem gemeinsamen Statement ein klares Signal für den internationalen Klimaschutz gefordert. Der WWF Deutschland verlangt – trotz oder gerade wegen des angekündigten Rückzugs der US-Regierung - von den übrigen Staaten ein deutliches Bekenntnis zu den Zielen von Paris, insbesondere durch:

- einen konkreten Aktionsplan zur vollständigen und effektiven Umsetzung der Ziele von Paris durch ausreichend ambitionierte nationale Beiträge (NDCs).
- die Vorlage der in Paris vereinbarten Strategien zur langfristigen kohlenstoffarmen Entwicklung (long-term low carbon development strategies) bis 2018.
- einen klaren Plan, wie Subventionen für fossile Energieträger bis 2020 vollständig abgeschafft werden können, begleitet durch einen Kontrollprozess innerhalb der Ländergruppe.
- die Zusage zur Entwicklung eines weltweiten effektiven CO<sub>2</sub>-Preises.

## Green Finance

Die Stabilität unseres Wirtschafts- und Finanzsystems fußt zum großen Teil auf einer intakten und widerstandsfähigen Umwelt. Was bedeutet das angesichts der Klimakrise? Zum einen können Folgen der Erderhitzung sich unmittelbar negativ auf den Finanzmarkt auswirken – etwa, wenn eine Region durch Dürren, Überschwemmungen etc. ihr landwirtschaftliches oder touristisches Potenzial verliert. Zum anderen sorgen die Reaktionen auf die Erderhitzung dafür, dass sich Werte verschieben: weg von Kohle und Öl, hin zu Erneuerbaren. Wer diese Werteverchiebung nicht antizipiert, dem drohen Verluste. Über Fehlinvestitionen bei Pensionskassen könnte so die Altersvorsorge von Millionen Menschen gefährdet sein.

Den G20-Mitgliedsstaaten als größte Wirtschafts- und Finanzmächte kommt beim Thema Umweltrisiken eine besondere Bedeutung zu. Die G20-Finanzminister haben bei ihrem Treffen in Baden-Baden Mitte März die Chance verpasst, voranzugehen. Vom Gipfel in Hamburg erwartet der WWF Deutschland nun konkrete Signale:

- Die Green Finance Study Group, die 2016 unter der chinesischen Präsidentschaft ins Leben gerufen wurde, sollte zu einer offiziellen, permanenten Arbeitsgruppe hochgestuft werden, um Umweltrisiken längerfristig und kontinuierlich zu analysieren und transparent zu machen.
- Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Transparenz finanzieller Klimarisiken (TCFD) muss in der G20 auch auf Ebene der Finanzmarktregulierer implementiert werden.
- Eine Plattform für den Wissensaustausch zwischen Regulierern, Wissenschaftlern und Zivilgesellschaft würde helfen, um die Herangehensweise an Risikofassung und Begrenzung der Wirkungswege zu entwickeln und koordinieren.
- Szenarien, die in Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens und den UN-Zielen für eine nachhaltige Entwicklung stehen, sollten zwingend für standardisierte Risiko- und Chancenanalysen hinzugezogen werden.

## Meeresschutz & Plastikmüll

Das Problem von Plastikmüll in unseren Meeren hat gigantische Dimensionen angenommen. In jedem Quadratkilometer der Meere schwimmen mittlerweile hunderttausende Teile Plastikmüll. Das ist nicht nur für die Meeresbewohner eine große Gefahr: Mikropartikel, kleiner als fünf Millimeter, gelangen problemlos in die Körper von Meerestieren und können durch deren Verzehr auch in den menschlichen Organismus aufgenommen werden.

Unter den G20-Staaten gehören 7 zu den 20 größten Verschmutzern der Meere mit Plastikmüll. Zusammen sind sie für knapp die Hälfte des Plastikmülls verantwortlich, der in Küstennähe nicht ordnungsgemäß entsorgt oder durch Flüsse eingetragen wird und somit ins Meer gelangen kann. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Im Vorfeld des G20-Gipfels wurde bereits ein Aktionsplan entworfen, um das Plastikmüllproblem in den Griff zu bekommen. Der WWF Deutschland fordert nun:

- Der Aktionsplan muss von den G20-Staatschefs angenommen und mit einer Roadmap sowie konkreten Maßnahmen unterlegt werden.
- Es braucht eine umfassende Produktverantwortlichkeit: Hersteller und Händler von verpackten Produkten müssen auch für den durch diese Verpackungen anfallenden Abfall Verantwortung übernehmen und die Entsorgung mit finanzieren. Gleichzeitig müssen Verpackungen recyclinggerechter gestaltet und wo möglich mehr Recyclingmaterial eingesetzt werden.
- Um Plastikmüll besser zu vermeiden, braucht es entsprechende, länderübergreifende Strategien. Das sogenannte Global Network of the Committed kann eine wichtige Plattform für die Verbesserung von Abfallmanagementsystemen und somit für die Prävention von Plastikmüleinträgen in die Meere sein.

- Die G20-Länder müssen die Forschung für bessere und alternative Materialien vorantreiben. Derzeit kommen rund 80 Prozent der Verpackungen in den relevanten Ländern nicht für ein Recycling infrage.

## Wilderei & Korruption

Der illegale Wildartenhandel ist mit einem jährlichen Umsatz von bis zu 20 Milliarden Euro Teil des viergrößten illegalen Handelssektors Umweltkriminalität, nach Drogenhandel, Produktpiraterie und Menschenhandel. Wilderei und Wildartenkriminalität bedrohen nicht nur die weltweite Artenvielfalt. Sie gefährden auch die Sicherheit, Gesundheit und Menschenrechte in den betroffenen Ländern. Denn mit illegalem Wildartenhandel geht ein hoher Grad an Korruption einher. Das schmälert die Investitionsbereitschaft in Quellen-, Transit- und Abnahmeländern, erschwert gute Regierungsführung und behindert wirtschaftliche Entwicklung insgesamt.

Unter der deutschen G20-Präsidentschaft wird illegaler Wildartenhandel im Zusammenhang mit Korruption betrachtet und daher von der Anti-Korruptionsarbeitsgruppe behandelt. Der WWF begrüßt die Verpflichtung, Korruption im Kontext von Wilderei und Wildartenkriminalität zu bekämpfen. Gleichzeitig braucht es konkrete Maßnahmen. Unsere Forderungen:

- Die G20-Länder müssen sich im Abschluss-Communiqué der G20 zur Bekämpfung von illegalem Wildartenhandel bekennen.
- Die Arbeit der G20 zur Korruptions-Bekämpfung im Kontext von Wilderei und illegalem Wildartenhandel muss unter den folgenden G20-Präsidentschaften weitergeführt werden.
- Konkret braucht der Wildlife-Sektor zur Korruptionsbekämpfung klare Risikoabschätzungs- und Management-Maßnahmen, dazu ein kontinuierliches Monitoring, um die Effizienz der Anti-Korruptionsinterventionen zu überprüfen.
- Wildartenkriminalität und finanzielle Kriminalität müssen zusammen gedacht werden: Dafür sollte zum Beispiel die Financial Action Task Force (FATF) bestehende Richtlinien überarbeiten, um die Verbindungen transparenter zu machen.

### **Ansprechpartner:**

Lea Vranicar, Pressestelle WWF Deutschland

Telefon: +49 30 311 777-467 oder +49 151 188 54846

E-Mail: [Lea.Vranicar@wwf.de](mailto:Lea.Vranicar@wwf.de)